

MILITARISIERUNG UND WEHRPFLICHT STOPPEN



FRIEDENSERZIEHUNG STATT KRIEGSTÜCHTIGKEIT

*Die GEW Bremen setzt sich gegen eine
Militarisierung von Bildung und Gesellschaft
ein. Art. 26 unserer Landesverfassung
fordert die Erziehung zu einer
„Gemeinschaftsgesinnung, die (...) zur
friedlichen Zusammenarbeit mit anderen
Menschen und Völkern aufruft.“*

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert in seinem
Grundsatzprogramm: „Soziale, ökonomische und
ökologische Konflikte müssen auf zivilem Wege ohne
militärische Gewalt gelöst werden.“

Diesen grundlegenden demokratischen und
gewerkschaftlichen Zielen sieht sich die GEW auch in einer
Welt verpflichtet, die durch immer mehr Kriege und Krisen,
durch den Kampf um Einflussphären und durch zunehmende
Aufrüstung und Militarisierung gekennzeichnet ist.

Gegen die Aufrüstungslogik

Aufrüstung bringt keine Sicherheit. Die immer größere
Zerstörungskraft der Waffensysteme, ihre immer größeren
Reichweiten und extrem schnellen Flugzeiten erhöhen
technologisch schon jetzt die Risiken einer für alle Menschen
lebensbedrohlichen Zerstörung sowie von zufällig

ausgelösten Atomkriegen. Erforderlich ist deshalb eine grundlegende gesellschaftliche Debatte über die Aufrüstungslogik und ihre Folgen. Dies gilt aktuell für die Stationierung weitreichender, hyperschneller US-Raketensysteme in Deutschland, die unser Land zum Angriffsziel der ersten Stunde machen würden.

Auch auf konventionellem Gebiet ist das vom Bundeskanzler ausgegebene Ziel, die Bundeswehr solle „konventionell zur stärksten Armee in Europa“ werden, entschieden abzulehnen. Es ist mit einer angeblichen Unterlegenheit nicht zu begründen. Schon heute ist das konventionelle Potenzial der europäischen NATO-Staaten größer als das Russlands. Die geplante Vervierfachung des Rüstungshaushaltes gegenüber 2021 auf 150 Milliarden Euro dient vor allem den Gewinnen der Waffenproduzenten. Stattdessen sind erhöhte Investitionen in Bildung, Soziales und Infrastruktur notwendig.

- Wie der DGB in seinem Grundsatzprogramm fordern wir eine Politik, die statt weiterer Aufrüstung auf Diplomatie und Deeskalation setzt: „Wichtigstes Ziel muss sein, einen Zustand gemeinsamer Sicherheit zu schaffen, der Kriege in Europa unmöglich macht.“ Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist in diesem Kontext ein verhängnisvolles Signal, das abzulehnen ist.

- Wir lehnen die einseitige Aufhebung der Schuldenbremse für Rüstung ab. Das eingerichtete Sondervermögen für Infrastruktur kann den Nachholbedarf, der durch die Schuldenbremse entstanden ist, bei weitem nicht decken. Zu fordern ist stattdessen die generelle Abschaffung der Schuldenbremse und die Wiedereinführung der „goldenen Regel“, die Kredite für Zukunftsinvestitionen grundsätzlich erlaubt.

- Vom Bremer Senat fordern wir, dass er dem Aufrüstungskurs und seinen negativen Konsequenzen für die Bildungs- und Sozialhaushalte entgegentritt, statt den Ausbau der Bremerhavener Häfen zu einem Drehkreuz der NATO-Logistik und die immer stärkere Abhängigkeit der Bremer Industrie von Rüstungsaufträgen euphorisch zu begrüßen.

Gegen Kriegsdienst und Militärpropaganda

Mit der Erhöhung der Rüstungsausgaben geht eine zunehmende Formierung der Öffentlichkeit im Sinne einer Erhöhung der „Kriegstüchtigkeit“ einher. Pazifisten werden als unfreiwillige Helfer Putins diskreditiert, zivile Institutionen wie Krankenhäuser sollen den „Ernstfall“ proben,

Deutschland wird angeblich von „Spionagedrohnen“ überflutet. Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht und deren Auswirkung auf die Jugendlichen, mit der beabsichtigten verstärkten Präsenz der Bundeswehr an den Schulen und den Angriffen auf die Zivilklausel an der Universität ist der Organisationsbereich der GEW von dieser Formierung zunehmend betroffen und sie muss dazu Stellung beziehen:

- Die GEW Bremen lehnt jede Form der Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Wehrerfassung grundsätzlich ab und positioniert sich gegen sonstige verpflichtende Ersatzdienste. Sie arbeitet mit anderen Gegnern der Wehrpflicht zusammen und unterstützt die Beratung von Kriegsdienstverweigerern.

- Sie setzt sich gegen die Präsenz der Bundeswehr an den Schulen ein und erinnert die Bremer Regierungskoalition an ihre 2019 verabschiedete Position: „Wie auch in anderen Bundesländern dürfen Vertreter*innen der Bundeswehr an Schulen nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr werben. Sie können aber gemeinsam mit Vertreter*innen der Friedensbewegung oder anderen Organisationen im Rahmen schulischer Veranstaltungen Schüler*innen über ihre Tätigkeiten informieren und an Diskussionen teilnehmen.“

- Die GEW tritt Versuchen der Abschaffung von Zivilklauseln und der Friedensorientierung auf Ebene des Bremischen Hochschulgesetzes entschieden entgegen und weist jegliche Angriffe auf die bestehenden Selbstverpflichtungen der Hochschulen zurück.

- Die GEW setzt sich im Sinne des Beutelsbacher Konsenses für eine ausgewogene Behandlung von Kriegen und Kriegsursachen im Unterricht ein, die nicht nur die offiziellen Standpunkte der Regierung, sondern auch kritische Positionen angemessen berücksichtigt. Im Mittelpunkt sollte dabei immer die Suche nach friedlichen Konfliktlösungen und nach Abrüstung stehen. Priorität hat für die GEW die Friedenserziehung.

**GEW-Bremen für Frieden und Abrüstung:
Friedenserziehung statt Kriegstüchtigkeit!**